

»Die Politik muss vorangehen und althergebrachte Dinge infrage stellen«

Für die **Bauen+** sprach Reinhard Eberl-Pacan mit Andreas Otto, Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus für Bündnis 90/Die Grünen, über politisch machbare Unterstützung von Holzbau-Projekten, wie die Änderung der Berliner Bauordnung, und warum Berlin eine Vorreiterrolle eingenommen hat.



Reinhard Eberl-Pacan (rechts) beim Interview mit Andreas Otto (links)

Bauen+: Herr Otto, das Berliner Abgeordnetenhaus hat 2018 beschlossen, die Berliner Bauordnung so zu ändern, dass der Holzbau auch baurechtlich für höhere Gebäude zugelassen werden kann. Dieser Beschluss kam für viele überraschend, da Berlin ja nicht unbedingt als »Holzbau-Bundesland« bekannt ist. Wie kam es dazu?

Andreas Otto: Bei den Koalitionsverhandlungen nach der Wahl von 2016 haben wir (»Bündnis 90/Die Grünen« Anm. d. Red.) gesagt, wir müssen etwas tun für Nachhaltigkeit, für Ökologie im Bauwesen. Wir haben dann in den Koalitionsvertrag aufgenommen, dass der Holzbau in Berlin angeschoben werden soll. Einerseits muss der öffentliche Auftraggeber eine Vorbildfunktion übernehmen; das fing dann an mit Kindertagesstätten und Schulen. Andererseits hat sich schnell herausgestellt, es muss beim Genehmigungsverfahren – Stichwort Bauordnung – etwas verändert werden. Wir hatten die Situation, dass viele Gebäude für Flüchtlinge errichtet werden sollten, die nach Berlin kamen. Wir hatten vor unserem Regierungseintritt die Situation, dass der damalige Senat für diese Gebäude den Holzbau sogar ausdrücklich ausgeschlossen hat. Obwohl doch Holzbau viel schneller geht und die Gebäude sehr gut umnutzbar oder wieder abzubauen sind.

Deshalb haben wir das in der Bauordnung geändert. Es hat ja auch funktioniert und insofern freue ich mich über

die Leute, die sich dabei über Berlin wundern. Dieser erste Schritt ist nun gelungen.

Bauen+: Nachdem seit April 2018 dieser Beschluss in der Bauordnung Berlin umgesetzt wurde, kam es zu einem deutlichen Aufschwung des Holzbaus in Berlin. Hat sich die Änderung der Bauordnung bisher bewährt?

Andreas Otto: Das hat sich bewährt, auf jeden Fall. In der Zwischenzeit ist ja viel anderes in diese Richtung passiert, z. B. die Klimaschutzdebatte und die »Fridays for Future«-Bewegung. Das bestärkt uns natürlich in allen ökologischen Fragen. Das erkennen auch die Leute in der Verwaltung und im Berliner Abgeordnetenhaus. Selbst Leute, die sich mit dem Gedanken tragen, ein Haus zu bauen oder irgendwo einzuziehen, setzen sich vermehrt mit Fragen der Nachhaltigkeit auseinander. Ganz viele Leute beschäftigen sich mit dem Holzbau, von denen es vorher keiner gedacht hätte. Ich habe dabei gelernt, wenn das gesellschaftliche Umfeld stimmt und wenn man als Politiker nachweisen kann, dass alles sehr ernsthaft ist, dann findet man Partner, mit denen man vielleicht vorher gar nicht gerechnet hat. So erkläre ich mir diesen Aufschwung.

Bauen+: Eine wesentliche Behinderung des innerstädtischen Holzbaus stellte davor hauptsächlich der Brandschutz dar. Es gab in der

Vergangenheit Befürchtungen, dass bei höheren Gebäuden, die aus Holz gebaut werden, die Sicherheit leidet. Kann hier schon eine erste Bilanz gezogen werden?

Andreas Otto: Das würde ich nicht so sagen, dass die Sicherheit gelitten hat. Die Projekte müssen nach wie vor ein ordentliches Brandschutzkonzept haben. Wir verlassen uns natürlich auf die Fachleute, dass die nötigen Anforderungen beachtet werden. Von daher würde ich denken, dass sich das bewährt hat und dass man beim Baurecht auch weitergehen kann. Der Brandschutz ist sicher immer mal wieder ein Thema, aber eher bei den Leuten, die weniger Ahnung haben. Wenn man mit Fachleuten spricht, auch mit denen von der obersten Bauaufsicht oder aus den Bezirksämtern, sehen die das als geklärt an. Die haben keine Probleme mehr damit.

Darum geht es: Politik muss vorangehen und auch mal die Vorstellungswelten, die althergebrachten Dinge infrage stellen. Bei einem so schönen Thema macht das auch großen Spaß.

Bauen +: *Seitens der öffentlichen Bauherrn, insbesondere des Senats und der städtischen Wohnungsbaugesellschaften, werden bereits große Bauvorhaben – z. B. Schulen oder Kindertagesstätten – als Holzbauten konzipiert und ausgeschrieben. Leider scheinen hier die anbietenden Firmen, die solche Bauvorhaben in Holz ausführen können, knapp zu werden. Wie will der Senat und das Abgeordnetenhaus hier zusätzliche Anreize anbieten?*

Andreas Otto: Das ist richtig beobachtet. Es ist aber völlig normal, wenn man hier quasi von null anfängt. Wo sollen da die Firmen sein? Es gibt natürlich Holzverarbeitungsbetriebe in Berlin und Brandenburg, die sind aber alle eher klein. Mein Bestreben ist es daher, erstens, Betrieben zu sagen: Ihr müsst euch vergrößern und zusammenschließen. Der Senat wird weiterhin Gebäude für eine Generalunternehmervergabe ausschreiben. D. h., die Firmen müssen sich in die Lage bringen, große Projekte mit Projektierung anbieten zu können, z. B. als Arbeitsgemeinschaft oder in ähnlichen Zusammenschlüssen. Das ist, was die Firmen machen müssen.

Das Zweite ist, dass der Senat öffentlich sagt, wir wollen mehr Holzbau. Er hat zwar z. B. drei Schulen bestellt und ein Studentenwohnheim gebaut, aber im Prinzip die ganzen drei Jahre nie gesagt, wir arbeiten daran, dass Holzbau in Berlin ein großer Markt wird.

Jetzt hat sich das geändert. Anfang dieses Jahres hat die Senatorin Lompscher gesagt, wir machen in Tegel das Schumacher-Quartier mit 5000 Wohnungen als Holzbauten. Ich habe das als Bekenntnis verstanden, auf das sich Firmen einrichten können. Alle, die da mitmachen wollen, sind eingeladen, sich jetzt darauf vorzubereiten. Da sind dann hoffentlich auch Betriebe aus Berlin und Brandenburg dabei, auch welche aus dem süddeutschen Raum, ohne deren Know-how kriegt man so große Projekte nicht gestemmt.

DIPL.-ING. (FH) ANDREAS OTTO

Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses seit 26. Oktober 2006. Sprecher für Baupolitik und Sprecher für Berlin-Brandenburg. Vorsitzender des Ausschusses für Europa- und Bundesangelegenheiten sowie Medien.

Bauen +: *Im Baurecht finden sich immer noch zahlreiche Regelungen, die die Verwendung von natürlichen, nachwachsenden Baustoffen verhindern oder zumindest einschränken. Ein Beispiel ist der eingeschränkte Einsatz von organischen Dämmstoffen zur Wärmedämmung bei höheren Gebäuden (Stichwort: schwer entflammbar). Sind hier weitere Änderungen der Bauordnung Berlin geplant?*

Andreas Otto: 2018 war ja eine kleinere Novelle der Bauordnung. Aber die Bauordnung als Gesetz, die ändert man ja nicht jede Woche. Wir müssen als Gesetzgeber auch ein bisschen Verlässlichkeit ausstrahlen. Deshalb wird sowohl beim Senat als auch im Abgeordnetenhaus erstmal gesammelt. Es gibt dabei einen ganzen Strauß von Themen. Beim Brandschutz, aber ebenso bei vielen anderen Themen, wie Barrierefreiheit, Vogelschutz am Gebäude bis hin zu der Solarfrage, gibt es Änderungswünsche. Das wird im politischen Raum besprochen und es gibt unterschiedliche Änderungen, die in einzelnen Parteien wichtig sind. Die Verwaltung ist oft eher sehr zurückhaltend, wenn es darum geht, Bewährtes umzuwerfen. Aber es besteht die Absicht, bis zur Wahl, die ist etwa September 2021, noch mal eine Novelle zu machen.

Bauen +: *Wie beurteilen Sie die wünschenswerte Gesamtsituation? Wie hoch sollte in Zukunft der Anteil nachwachsender, organischer Baustoffe wie Holz, Stroh, Hanf etc. beim Bauen sein?*

Andreas Otto: Da kann man sich immer viel wünschen. Ich weiß es nicht, kann man sich 100 % wünschen? Ich wäre erst mal froh, wenn wir stufenweise in Berlin vorankommen und zumindest die Hälfte der neuen Schulgebäude aus Holz wären und vielleicht 10 bis 20 % der neuen Wohnungen in den nächsten fünf Jahren.

Bauen +: *Welche Maßnahmen wären – neben den oben genannten – dazu seitens Senat und Abgeordnetenhaus nötig?*

Andreas Otto: Am wichtigsten ist, dass der Senat selbst Holzbau bestellt. Bei den Schulen funktioniert das so einigermaßen. Bei den Wohnungsbaugesellschaften ist noch nicht viel zu sehen. Da wird gerne gesagt, Holzbau ist teurer. Es wäre aber wichtig, dass die Landesunternehmen da noch einen größeren Anteil leisten, nicht nur im Wohnungsbau. Ich könnte mir auch vorstellen, dass so jemand wie die Messegesellschaft mal ein Messegebäude aus Holz errichtet. Das wäre ja ein Hingucker und vielleicht auch ein Werbeobjekt. Es gibt einen Mangel an Planern und Ingenieuren. Da müssen die Berliner Universitäten mit Unterstützung des Senats ihre Ausbildungskapazitäten erweitern.

Ein Herzenswunsch von mir ist ein Holzhochhaus für Berlin. Als Signal für nachhaltiges Bauen. Am liebsten am Alexanderplatz. Das wäre natürlich toll.

Bauen +: *Dabei wünschen wir Ihnen viel Erfolg und danken Ihnen für das interessante Gespräch.*

Das Interview führte Reinhard Eberl-Pacan, leitender Redakteur der **Bauen +**.